

<i>Betreff</i> <b>Aufstellungsbeschluss über die Satzung gem. § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB der Stadt Ribnitz-Damgarten für den Bereich "Neuhof Süd II"</b>
---

<i>Sachbearbeitendes Amt:</i> Amt für Bau, Wirtschaft und Liegenschaften	<i>Datum</i> 14.06.2016
<i>Sachbearbeitung:</i> Guido Keil	
<i>Verantwortlich:</i> Herr Körner	
<i>Beteiligte Dienststellen:</i>	

<i>Beratungsfolge (Zuständigkeit)</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Stadt- und Ortsteilentwicklung, Bau und Wirtschaft der	08.09.2016	Ö
Hauptausschuss der Stadtvertretung Ribnitz-Damgarten (Vorberatung)	14.09.2016	N
Stadtvertretung Ribnitz-Damgarten (Entscheidung)	21.09.2016	Ö

**Beschluss-Nr. RDG/BV/BA-16/280**

***Aufstellungsbeschluss über die Satzung gem. § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB der Stadt Ribnitz-Damgarten für den Bereich „Neuhof Süd II“***

Die Stadtvertretung Ribnitz-Damgarten beschließt:

1. Für das Flurstück 71/4 tlw. der Flur 2 Gemarkung Neuhof wird eine Satzung gem. § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB aufgestellt.
2. Das Plangebiet wird begrenzt:
  - im Norden durch das Wohngrundstück „Pappelallee 12 a“
  - im Süden und Westen durch die Pappelallee, das Wohngrundstück „Pappelallee 12 b“ und Wiesenflächen
  - im Osten durch Wiesenflächen
3. Es werden folgende Planziele angestrebt:
  - bauliche Abrundung und Nachverdichtung der Ortsrandlage
  - Bebauung für eine Wohnnutzung unter Berücksichtigung einer geordneten und nachhaltigen städtebaulichen und gestalterischen Entwicklung
4. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder:						
davon anwesend:	Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen	Stimmhaltungen:			

Begründung:

Der Stadt liegt ein Antrag auf Schaffung von Baurecht für ein Einfamilienhaus auf dem Flurstück 71/4 tlw. mittels einer Innenbereichssatzung vor. Die betreffende Außenbereichsfläche grenzt östlich an die 2012 rechtswirksam gewordene Innenbereichssatzung „Neuhof Süd“ an, auf der zwischenzeitlich 2 Häuser errichtet sind. Der Eigentümer des Flurstückes 71/4 stimmt dem Antrag zu.

Der Antragsteller übernimmt die Kosten des Planverfahrens. Des Weiteren ist vor Abschluss des Planverfahrens ein städtebaulicher Vertrag zu schließen, der u. a. die Realisierung der Eingriffs- und Ausgleichsmaßnahmen durch die Antragstellerin absichert.